

Niedersachsen-Echo

Nachrichten und Informationen aus dem Landesverband



AKTUELLES

Niedersachsen verabschiedet endlich sein Landesgleichstellungsgesetz

THEMA

Pflege- und Wohnberatung informiert zu Plegeformen und -stufen

REISEN

Der Harz ist mehr als ein Wintertraum - ein Jahr Vital Hotel Bad Sachsa

AKTUELL

Bündnis unter Führung des SoVD Niedersachsen erringt großen Erfolg

Endlich ein Landesgleichstellungsgesetz

Hannover. Nach langem Warten hat nun auch Niedersachsen ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (LGG). Am 14. November beschloss der Landtag nach intensiver Debatte einstimmig einen Gesetzentwurf, den der SoVD Niedersachsen maßgeblich beeinflusst hat und mit dem die Betroffenen und ihre Interessenvertretungen insgesamt zufrieden sein können.

"Lange musste Niedersachsen auf ein akzeptables Gesetz warten. Mitte November hat das Land nun endlich eine Fassung verabschiedet, die wir als größter Sozialverbandes des Landes mittragen können. Wünschenswert wäre es allerdings gewesen, wenn das jetzt beschlossene LGG eine zeitliche Zielvorgabe für die Umsetzung der baulichen und Internet-Barrierefreiheit enthalten hätte. Wir hoffen zudem, dass die jährlich vorgesehenen 1,5 Millionen Euro für die Kommunen ausreichend sind, um alle notwendigen Veränderungen vorzunehmen. Außerdem wäre eine regelmäßige Berichtspflicht der Landesregierung wichtig gewesen. Die Planung einer so genannten kurzfristigen Evaluation ist uns zu wenig und zu ungenau", sagt SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer.

Das nun beschlossene Landes- den entsprechenden Verbänden

gleichstellungsgesetz ist letztlich nur auf Druck der niedersächsischen Verbände zustandegekommen. Diese Ansicht teilen die 18 im "Bündnis für ein Niedersächsisches Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung" zusammengeschlossenen Organisationen.



"Für die hervorragende und effektive Zusammenarbeit möchten wir uns noch einmal ausdrücklich bei unseren Bündnispartnern bedanken", formuliert die zweite Landesvorsitzende des SoVD Niedersachsen, Edda Schliepack. Dies gelte auch für die inhaltliche Vorbereitung durch die Abteilung Sozialpolitik und den Sozialpolitischen Aussschuss, ergänzt Schliepack.

Die letztlich verabschiedeten Inhalte des LGG werden von und Organisationen in dieser Form mitgetragen. Doch geht auch das Bündnis davon aus, dass sich aus bislang nicht weiter definierten Evaluation des LGG eine konkrete Berichterstattung ergeben wird.

Zufriedenheit herrscht beim Bündnis aber insgesamt darüber, dass nach jahrelangem Warten die berechtigten Interessen der Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden. Damit habe Niedersachsen endlich den Makel beseitigt, das letzte Bundesland ohne eine solche Regelung zu sein, bekundeten die Bündnis-Vertreter einhellig in einer Pressemitteilung.

Die erste vorgelegte Fassung des LGG hatten der SoVD Niedersachsen und das Bündnis noch als völlig unzureichend abgelehnt und unter anderem eine Unterschriftensammlung gegen die lückenhafte Version angestrengt. Dabei war man allerdings stets im kritischen Dialog mit den Parteien und Fraktionen geblieben.

"Der Erfolg dieses Vorgehens zeigt sich nun. Die politische Durchschlagkraft des Bündnisses beweist, dass wir damit den richtigen Weg beschritten haben, um den betroffenen Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen", führt Adolf Bauer abschließend aus.

Grußwort von Adolf Bauer und Dirk Swinke

Der SoVD sagt "Danke"

des SoVD Niedersachsen,

hinter unseren mehr als 250.000 Mitgliedern und den rund 20.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern liegt ein ereignisreiches Jahr 2007. Für die vergangenen, arbeitsreichen Monate bedanken sich Landesvorstand und Landesgeschäftsführung ausdrücklich bei Ihnen allen. Ohne Ihr Engagement wäre unser Verband

Ein Gebiet, das wir in diesem Jahr besonders positiv gestalten konnten, war das Landesgleichstellungsgesetz. Dazu kamen diverse Gespräche und Treffen auf Ministeriumsebene – und auch für die Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann waren wir

Liebe Mitglieder und Freunde ein kritischer Partner auf Augenhöhe. Darüber hinaus haben wir unsere Landesverbandstagung mit erfreulicher öffentlicher Resonanz hinter uns gebracht und waren vor allem wieder vor Ort in den Städten und Gemeinden aktiv.

Doch nun steht zunächst einmal die Adventszeit an, die vielen die Gelegenheit bietet, sich auf den unterschiedlichen Veranstaltungen zu treffen, miteinander zu reden, die Geselligkeit zu genießen und auch ein wenig Ruhe zu finden. Für diese gemeinsamen Veranstaltungen und auch Ihre privaten Feierlichkeiten wünschen wir Ihnen eine friedvolle Zeit, ein frohes Weihnachtsfest sowie viel Glück und Gesundheit im neuen Jahr 2008.



Adolf Bauer, 1. Landesvorsitzender, und Dirk Swinke, Landesgeschäftsführer des SoVD Niedersachsen.

Diskussionsveranstaltung in Sulingen - SoVD Niedersachsen sagt Nein zur Rückkehr ins 19. Jahrhundert

Ist Altersarmut für künftige Rentner unausweichlich?

Auf Grund ökonomischer und politischer Entwicklungen ist in Zukunft eine deutliche Verschlechterung der Einkom-menssituation älterer Menschen zu erwarten. Zahlen über die materielle Lage allein sagen jedoch nicht genügend über die tatsächliche Lebenssituation älterer Menschen aus.

Stattdessen müssen Aspekte wie Gesundheitszustand, Pflegebedürftigkeit, soziale Integration, die Verfügbarkeit sozialer Netzwerke und die Wohnsituation in die Betrachtung einbezogen werden.

Aus diesem Grund hatte der Kreisverband Diepholz am 20. Oktober 2007 zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung eingeladen. Zum Thema "Rente = Altersarmut?" diskutierten Meike Janßen, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik beim SoVD Niedersachsen und weitere Fachleute sowie Politiker aus Bundes- und Landtag mit rund 200 interessierten Gästen. Bruno Hartwig, SoVD-Landesschatzmeister und Kreisvorsitzender in Diepholz, ver-



Meike Janßen (am Rednerpult) stellte die zehn Forderungen des SoVD vor. Auf dem Podium (v.l.n.r.): Reinhard Grindel (CDU), Rolf Kramer (SPD) und Gesine Meißner (FDP).

wies in seiner Ansprache auf einen aktuellen Bericht der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), in dem vor dem Anstieg der Altersarmut in Deutschland gewarnt werde.

Dr. Antje Richter (Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.) und Meike Janßen umrissen die Problematik in ihren Fachvorträgen weiter. Dr. Richter betonte, dass vor allem die Situation älterer Frauen

schon jetzt erschreckend sei. Die Armut in dieser Bevölkerungsgruppe sei zurzeit durchschnittlich doppelt so hoch wie der der Gesamtbevölkerung. Janßen stellte die zehn Forderungen des SoVD zur Verhinderung von Altersarmut dar. Dazu zählen unter anderem ei-Mindestsicherung langjährig Vollzeitbeschäftigte mit geringem Einkommen, ein Rentenfreibetrag bei Grundsicherung und eine stärkere Förderung der privaten Altersvorsorge von Geringver-

Zum politischen Umgang mit dem Thema Altersarmut bezogen die Bundestagsabgeordneten Reinhard Grindel (CDU) und Rolf Kramer (SPD) sowie Landtagsabgeordneten Michael Albers (SPD) und Gesine Meißner (FDP) Stellung. Reinhard Grindel meldete Zweifel an "der Statistik" an. Er sei der Ansicht, dass sich die Altersarmut eher verringern

werde. Rolf Kramer sah nur

drei Möglichkeiten, mit dem

Problem umzugehen: Beitrags-

sätze erhöhen, Lebensarbeitszeit verlängern oder Renten senken. Gesine Meißner, FDP-Abgeordnete und Vorsitzende des niedersächsischen Sozialausschusses, benannte die Möglichkeit, länger arbeiten zu dürfen und außerdem die Steuern zu senken, als gangbare Wege. Beifall des Publikums gab es lediglich für die Ausführungen des SPD-Landtagsabgeordneten Michael Albers, der sich unter anderem für die aktive Beteiligung Älterer an der Gesellschaft stark machte und Probleme bei der Pflegesituation und der versteckten Armut zur Sprache brachte.

Im Anschluss an die Vorträge entwickelte sich eine lebhafte und äußerst engagierte Diskussion, in der die Teilnehmer gegenüber den politischen Vertretern ihren Unmut über die Verfehlungen in der Rentenpolitik in anschauliche Beispiele und deutliche Worte fassten. Allgemeine Übereinstimmung herrschte darüber, dass es öfter Gelegenheit und Raum für solche Diskussionen geben müsse.